

## Fernunterrichtsangebote:

ZAR-Journal vom 5. Juli 2022

### Arbeitsrecht:

- Arbeitsschutz und Arbeitssicherheit
- Arbeitszeit, Teilzeit, Befristung und Urlaub im Arbeitsrecht
- Fachreferent/in für Arbeitsrecht (IHK)
- Fachreferent/in für arbeitsrechtliche Spezialgesetze (IHK)
- Mutterschutz und Elternzeit im Arbeitsrecht

### Fachübergreifende Rechtslehrgänge:

- Rechtsassistent/in (IHK)
- Rechtsreferent/in (IHK)

### Zivil- und wirtschaftsrechtliche Lehrgänge:

- Fachreferent/in für Versicherungsvertragsrecht (IHK)
- Fachreferent/in für Wirtschaftsrecht (IHK)
- Fachreferent/in für Zwangsvollstreckungs- und Insolvenzrecht

### Öffentliches Recht:

- Kommunalrechtsassistent/in
- Fachreferent/in für Rechtsanwaltsvergütungsrecht

### Inhalt (in der Überschrift klicken)

1. Mietrecht: Kosten für Miete von Rauchwarnmeldern sind nach BGH nicht umlagefähig 1
2. Verwaltungsrecht: Corona-Gaststättenschließungen im zweiten Lockdown waren nach OVG Saarlouis zeitweise unwirksam 1
3. Arbeitsrecht: Nach BAG dürfen Arbeitgeber Corona-Tests anordnen 2
4. Arbeitsrecht: Kündigung ohne vorherige Zustimmung des Integrationsamts lässt nach BAG Diskriminierung vermuten 2
5. Strafrecht: OLG Hamm bejaht strafbaren Missbrauch von Polizeiuniform durch "POZILEI"-Jacke 2
6. Zivilrecht: BGH verneint Unterlassungsanspruch für Anwohner bei Verstößen gegen Lkw-Durchfahrtsverbot 3
7. Verfassungsrecht: BVerfG erachtet Merkel-Äußerungen zu Kemmerich-Wahl für verfassungswidrig 3
8. Verwaltungsrecht: Eilantrag gegen erhöhte Bewohnerparkgebühren in Freiburg vor VGH Mannheim erfolglos 3
9. Unfallversicherungsrecht: Rauchender Schüler ist nach BSG außerhalb des Schulgeländes nicht unfallversichert 4

### Mietrecht: Kosten für Miete von Rauchwarnmeldern sind nach BGH nicht umlagefähig

Bei den Kosten für die Miete von Rauchwarnmeldern handelt es sich nicht um sonstige Betriebskosten im Sinne von § 2 Nr. 17 BetrKV, sondern - da sie den Kosten für den Erwerb von Rauchwarnmeldern gleichzusetzen sind - um betriebskostenrechtlich nicht umlagefähige Aufwendungen. Dies hat der Bundesgerichtshof mit Urteil vom 11.05.2022 (Az.: VIII ZR 379/20) entschieden. ...

Quelle: *Bundesgerichtshof*

[mehr](#)

[nach oben](#)

### Verwaltungsrecht: Corona-Gaststättenschließungen im zweiten Lockdown waren nach OVG Saarlouis zeitweise unwirksam

Mit Urteil vom 31.05.2022 (Az.: 2 C 319/20) hat das Oberverwaltungsgericht Saarlouis die in einer von Anfang bis Mitte November 2020 geltenden Vorschrift der damaligen saarländischen Corona-Verordnung angeordnete

Betriebsschließung von Gaststätten für unwirksam erachtet, weil die Regelung nicht auf einer ausreichenden gesetzlichen Ermächtigungsgrundlage beruht habe. ...

*Quelle: Oberverwaltungsgericht des Saarlandes*

[mehr](#)

[nach oben](#)

---

### **Arbeitsrecht: Nach BAG dürfen Arbeitgeber Corona-Tests anordnen**

Der Arbeitgeber kann zur Umsetzung der ihn treffenden arbeitsschutzrechtlichen Verpflichtungen berechtigt sein, auf Grundlage eines betrieblichen Schutz- und Hygienekonzepts Corona-Tests einseitig anzuordnen. Das hat das Bundesarbeitsgericht mit Urteil vom 01.06.2022 (Az.: 5 AZR 28/22) im Fall einer Flötistin der Bayerischen Staatsoper entschieden. ...

*Quelle: Bundesarbeitsgericht*

[mehr](#)

[nach oben](#)

---

### **Arbeitsrecht: Kündigung ohne vorherige Zustimmung des Integrationsamts lässt nach BAG Diskriminierung vermuten**

Der Verstoß des Arbeitgebers gegen Vorschriften, die Verfahrens- und/oder Förderpflichten zugunsten schwerbehinderter Menschen enthalten, kann die – vom Arbeitgeber widerlegbare – Vermutung begründen, dass die Benachteiligung, die der schwerbehinderte Mensch erfahren hat, wegen der Schwerbehinderung erfolgte. Zu diesen Vorschriften gehört § 168 SGB IX, wonach die Kündigung eines schwerbehinderten Menschen der vorherigen Zustimmung des Integrationsamts bedarf. Das hat das Bundesarbeitsgericht mit Urteil vom 02.06.2022 (Az.: 8 AZR 191/21) entschieden. ...

*Quelle: Bundesarbeitsgericht*

[mehr](#)

[nach oben](#)

---

### **Strafrecht: OLG Hamm bejaht strafbaren Missbrauch von Polizeiuniform durch "POZILEI"-Jacke**

Mit Beschluss vom 09.06.2022 (Az.: 4 RVs 62/22) hat das Oberlandesgericht Hamm entschieden, dass das Tragen einer neongelben Warn- und Schutzjacke, die sich von den Uniformjacken der nordrhein-westfälischen Fahrradpolizei nur dadurch unterscheidet, dass auf der Rückseite in grau-reflektierenden

Buchstaben das Wort "POZILEI" statt "POLIZEI" prangt, als unbefugtes Tragen von Uniformen strafbar ist. ...

*Quelle: NRWE (Rechtsprechungsdatenbank NRW)*

[mehr](#)

[nach oben](#)

---

### **Zivilrecht: BGH verneint Unterlassungsanspruch für Anwohner bei Verstößen gegen Lkw-Durchfahrtsverbot**

Der Bundesgerichtshof hat mit Urteil vom 14.06.2022 (Az.: VI ZR 110/21) entschieden, dass Anwohner keinen Unterlassungsanspruch bei Verstößen gegen das nach dem Luftreinhalteplan der Landeshauptstadt Stuttgart bestimmte Lkw-Durchfahrtsverbot haben. Gestützt wurde dies darauf, dass das Durchfahrtsverbot kein Schutzgesetz im Sinne des § 823 Abs. 2 BGB zugunsten der einzelnen Anwohner innerhalb der Durchfahrtsverbotszone ist. ...

*Quelle: Bundesgerichtshof*

[mehr](#)

[nach oben](#)

---

### **Verfassungsrecht: BVerfG erachtet Merkel-Äußerungen zu Kemmerich-Wahl für verfassungswidrig**

Mit Urteil vom 15.06.2022 (Az.: 2 BvE 4/20; 2 BvE 5/20) hat das Bundesverfassungsgericht entschieden, dass die ehemalige Bundeskanzlerin Angela Merkel durch eine im Rahmen einer Pressekonferenz am 06.02.2020 getätigte negative Äußerung zur Ministerpräsidentenwahl in Thüringen und deren anschließende Veröffentlichung auf den Internetseiten der Bundeskanzlerin und der Bundesregierung die Partei Alternative für Deutschland (AfD) in ihrem Recht auf Chancengleichheit der Parteien aus Art. 21 Abs. 1 Satz 1 GG verletzt hat. ...

*Quelle: Bundesverfassungsgericht*

[mehr](#)

[nach oben](#)

---

### **Verwaltungsrecht: Eilantrag gegen erhöhte Bewohnerparkgebühren in Freiburg vor VGH Mannheim erfolglos**

Die Bewohnerparkgebührensatzung der Stadt Freiburg, mit der die Gebühr für die Ausstellung von Bewohnerparkausweisen von vormals 30,- EUR jährlich auf in der Regel 360,- EUR im Jahr angehoben wurde, ist voraussichtlich rechtmäßig.

Dies hat der Verwaltungsgerichtshof Mannheim in einem Eilverfahren mit Beschluss vom 24.06.2022 (Az.: 2 S 809/22) entschieden. ...

*Quelle: Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg*

[mehr](#)

[nach oben](#)

---

### **Unfallversicherungsrecht: Rauchender Schüler ist nach BSG außerhalb des Schulgeländes nicht unfallversichert**

Ein Schüler, der in der Schulpause den an die Schule angrenzenden Stadtpark zum Rauchen aufsucht, steht nicht unter dem Schutz der gesetzlichen Unfallversicherung. Dies hat das Bundessozialgericht am 28.06.2022 (Az.: B 2 U 20/20 R) entschieden. ...

*Quelle: Bundessozialgericht*

[mehr](#)

[nach oben](#)

---